

Änderungsantrag zur Vollversammlung des Stadtrats am 20.12.2023



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 19.12.2023

Keine öffentlichen Gelder für linke Netzwerke, Lobbyismus und parteinahe „Politische Bildung“ in der Kinder- und Jugendarbeit II

TOP ö A 9: 20-26 / V 11392 Haushaltsplan 2024 - Produkt- und zielorientierte Ansätze, Zuschussnehmerdatei 2024, Vollzug des Haushaltsplanes 2024 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Stadtjugendamts

Der Stadtrat möge beschließen:

Die in den Produkten 40363200.100 unter Nummer 51, 40363100.200 unter Nr. 113, 40362100.100 unter Nr. 1 bis 4 und 40363100.300 unter Nr. 22 gelisteten Ansätze, jeweils zugunsten des AKA – *Aktiv für interkulturellen Austausch e.V.*, werden ersatzlos gestrichen.

Die im Produkt 40362100.100 unter den Nummern 26 und 27 gelisteten Ansätze, zugunsten des *Falkenfreizeitstättenverein München e.V.*, werden ersatzlos gestrichen.

Der im Produkt 40362100.200 unter Nr. 5 für das *Feierwerk e.V.: FIRM Fach- und Informationsstelle Rechtsextremismus München* gelistete Ansatz wird ersatzlos gestrichen.

Die in den Produkten 40363200.300 unter Nr. 9 und Nr. 23 sowie 40362100.200 unter Nr. 32, zugunsten von *Pro Familia München e.V.*, gelisteten Ansätze werden ersatzlos gestrichen.

Der im Produkt 40362100.200 unter Nr. 33 für den *Ring Politischer Jugend* gelistete Ansatz wird ersatzlos gestrichen.

Der im Produkt 40362100.200 unter Nr. 9 für *diversity München* gelistete Ansatz wird ersatzlos gestrichen.

Der im Produkt 40362100.100 unter Nr. 67 zugunsten des *Kreisjugendring München-Stadt* gelistete Ansatz wird ersatzlos gestrichen.

Mit den durch die Streichungen freiwerdenden Mitteln von fast 5,5 Millionen Euro werden seitens der Stadtverwaltung Projekte und Angebote unterstützt, die der Aufarbeitung der Folgen der Corona-Politik für Kinder und Jugendliche sowie dem Beheben von Bildungsdefiziten dienen. Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat im kommenden Jahr über die genaue Verwendung der Mittel.

Begründung:

Auch in diesem Haushaltsplan sind wieder Posten enthalten, die eine öffentliche Finanzierung für Träger und Projekte vorsehen, deren politische Schlagseite oft seit Jahren bekannt ist. Teilweise stehen sie sogar spezifischen Parteien nahe. Eine solche öffentliche Finanzierung für einseitige Vorfeldorganisationen, die hier deutlich den Regierungsparteien zugutekommt, ist einzustellen.

Gerade in der Jugendarbeit ist eine politische Einflussnahme zurückzuweisen, da junge Menschen innerhalb unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ihre eigenen Gedanken und Meinungen entwickeln können sollen und noch vergleichsweise einfach beeinflussbar sind. Die Vergabe von Haushaltsmitteln an de facto parteiisch agierende Vereine stellt eine abzulehnende Verzerrung des politischen Wettbewerbs dar.

Änderungsantrag zur Vollversammlung des Stadtrats am 20.12.2023



Zudem sind die Mittel deutlich besser in der Behandlung der negativen Folgen von zwei Jahren kurzfristiger, teilweise autoritärer Corona-Einschränkungen aufgehoben, unter der vor allem junge und alte Menschen zu leiden hatten.

Nachfolgend finden sich Begründungen zu den von Streichungen betroffenen Trägern. Die einzelnen Ausführungen sind insofern sich zum letzten Jahr keine Veränderungen ergeben haben unverändert:

Der Verein *AKA – Aktiv für interkulturellen Austausch e.V.* setzt sich für die rechtliche und politische Gleichstellung ausländischer und deutscher Bürger ein. Diese Forderung läuft in der entsprechend formulierten Radikalität, auf eine Abschaffung der Bürgerrechte in der Bundesrepublik hinaus und stellt damit nach Ansicht der AfD ein verfassungsfeindliches, folglich nicht förderungswürdiges Ziel dar.

Laut eigenen Angaben wurde der *Falkenfreizeitstättenverein* durch die *Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken* gegründet. Bei den Falken handelt es sich traditionell um ein SPD-nahe Vereinigung. Bis vor einigen Jahren bestand sogar ein Unvereinbarkeitsbeschluss für andere politische Parteien. In ihrer politischen und pädagogischen Arbeit setzen sich die Falken für die Verwirklichung des Sozialismus ein. Auch der *Falkenfreizeitstättenverein München e.V.* macht auf seiner Homepage keinen Hehl daraus, mit seinen Kinder- und Jugendprojekten nicht nur pädagogische, sondern gleichermaßen auch politische Ziele zu verfolgen.

Geführt durch bekennende Antifanten und gemeinhin auch als „Stadt-Stasi“ bekannt, betreibt die beim *Feierwerk e.V.* angesiedelte *Fach- und Informationsstelle Rechtsextremismus München*, kurz *FIRM*, ebenfalls eine parteiische und zum Linksradikalismus neigende „politische Bildung“.

Der Verein *Pro Familia* stand in der Vergangenheit wiederholt wegen seines, als mitunter verharmlosend empfundenen, Umgangs mit dem Thema Pädophilie, in der Kritik der Öffentlichkeit. Aus diesem Grund entschied sich etwa das Bistum Würzburg gegen eine Kooperation mit dem Verein.

Beim *Ring Politischer Jugend* handelt es sich um einen exklusiven Kreis der Jugendorganisationen der alteingesessenen Parteien. Der Zugang zum Ring steht jedoch nicht allen politischen Parteien gleichermaßen offen. Die Förderung dieser Institution stellt somit eine selektive Bevorzugung einiger weniger parteipolitischer Vorfeldorganisationen dar und damit eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Verzerrung des politischen Wettbewerbs.

Bei *diversity München* handelt es sich um einen Verein, der unter anderem mittels Demonstrationen, wie etwa „Zammreissen – Bayern gegen Rechts“ Einfluss auf die Landtagswahl nehmen wollte. Jedoch sind auch „rechte“ Einstellungen in unserer freiheitlichen Demokratie zulässig. Im Gegensatz zum vorgeblichen Ziel des Abbaus von Vorurteilen und von Diskriminierung wird durch diesen Verein also nicht die Vielfalt gestärkt, sondern der politische Meinungskorridor verengt.

Der *Kreisjugendring München-Stadt* geriert sich in den Sozialen Medien, wie der verlängerte Arm der Grünen Jugend und wirbt dort unter anderem für die Unterstützung der Letzen Generation und für die linksextremistisch-unterwanderten sogenannten Klimaproteste von *Fridays for Future*. Die eigentlichen Aufgaben, darunter etwa der Einsatz für Erinnerungskultur und die Demokratische Bildung im Allgemeinen, spielen allenfalls eine untergeordnete Rolle und scheinen der Verbreitung tagespolitischer grüner Ideologie hintenanzustehen. Darum soll zumindest die Geschäftsstelle nicht weiterhin mit Haushaltsmitteln Parteipolitik betreiben können.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat